



German Television



**SÜDWESTRUNDFUNK**

Anstalt des öffentlichen Rechts  
HA Chefredaktion Content  
Abteilung **Inland**  
Redaktion **REPORT MAINZ**

Am Fort Gonsenheim 139  
55122 Mainz

Telefon: 06131 / 9293-0  
Durchwahl: 06131 / 9293-3351/2  
Telefax: 06131 / 9293-3050

**Telefax bitte sofort weiterleiten!**

06.01.2020

**Presseinformation**

**REPORT MAINZ, 06.01.2020, um 21.45 Uhr im Ersten**

**Sperrfrist 07.01.2020, 05.00 Uhr!!!**

## **Bundesjustizministerium plant finanzielle Soforthilfe für Opfer rechter Bedrohungen und Übergriffe**

**Opferberatungsstellen: 2019 nie dagewesene Qualität von Hass und Hetze**

Mainz. Das Bundesjustizministerium plant, Schutzmaßnahmen für Opfer rechter Bedrohungen und Übergriffe zu finanzieren. Dies geht aus der Antwort des Ministeriums auf eine schriftliche Anfrage des ARD-Politikmagazins REPORT MAINZ hervor. Darin heißt es, das Ministerium prüfe derzeit, „wie Schutzmaßnahmen für Betroffene künftig durch die Härteleistungen des Bundes getragen werden können.“

Das heißt, das Bundesjustizministerium will einen bestehenden Härtefallfonds so erweitern, dass damit auch Betroffenen geholfen werden kann, die aufgrund von Morddrohungen umziehen oder anderweitige Schutzmaßnahmen ergreifen müssen. Bislang werden aus dem Härtefallfonds vor allem nachträgliche Entschädigungszahlungen für Opfer extremistischer Übergriffe finanziert. Dies bringt jedoch oft lange Wartezeiten für betroffene Antragsteller mit sich. Zudem hat das Bundesjustizministerium gegenüber REPORT MAINZ angekündigt, die Initiative

HateAid über die nächsten drei Jahre mit insgesamt mehr als einer Million Euro zu fördern. HateAid richtet sich vor allem an Menschen, die von rechtsextremer Hetze im digitalen Raum betroffen sind – und bietet Beratungsleistungen und Prozesskostenfinanzierung an.

Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt (VBRG) begrüßt nach eigenen Aussagen die Planungen des Bundesjustizministeriums. „Es ist zudem dringend notwendig, das zuständige Referat mit mehr Mitarbeitern aufzustocken, damit die teilweise sehr langen Bearbeitungszeiten verkürzt werden“, so die VBRG-Geschäftsführerin Heike Kleffner gegenüber REPORT MAINZ.

Der VBRG hat 2019 eine neue Dimension von Anfeindungen zivilgesellschaftlicher Engagierter registriert. Dazu sagt Heike Kleffner im Interview mit REPORT MAINZ: „Die systematischen Bedrohungen, Hetze und Gewalt gegen zivilgesellschaftlich Engagierte haben im Jahr 2019 eine neue Qualität erreicht. Fast jede Gruppierung, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert, wird mittlerweile in irgendeiner Weise bedroht“.

**Weitere exklusive Informationen finden Sie auf unserer Internet-Seite**  
<http://x.swr.de/s/11pp>

**Zitate gegen Quellenangabe frei**  
**Bei Rückfragen rufen Sie bitte in der Redaktion REPORT MAINZ an**  
**unter: 06131/929 3 3351/2**

\*\*\*\*\*